

ben Peter Feldmann und Fritz Kuhn in ihren Städten nicht schlecht vorgelegt. Aber es waren doch »nur« Persönlichkeitswahlen, bei denen die Alternative am Ende immer sehr zugespitzt offen liegt. Bei Parlamentswahlen muss sie besonders herausgearbeitet und auch programmatisch klar werden, sonst ist Wechselstimmung nicht

zu erwarten. Und letztlich stellt sich immer die Frage: Die Alternative zu wem und zu was? David McAllister, Horst Seehofer, Angela Merkel und Volker Bouffier sind unterschiedlich gewichtige Titelverteidiger. Eines ist ihnen aber gemein: Für attraktive politische Ziele stehen sie allesamt nicht. ■

Ralf Melzer

Menschenfeindlichkeit in Zeiten des Umbruchs

Zur neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland

Rechtsextreme Haltungen sind in allen Teilen der Bevölkerung in erheblichem Maße anzutreffen. Damit ist dieses Denken kein »Randproblem« sondern eines der gesellschaftlichen Mitte, so einer der eindeutigen empirischen Befunde der seit 2006 im Zweijahresrhythmus von der FES in Auftrag gegebenen »Mitte-Studien«. Gefahr droht der Demokratie also nicht von einigen wenigen Extremisten, sondern aus dem Kern der Gesellschaft, wo sich rassistische und autoritäre Vorstellungen nicht unbedingt im Handeln, sehr wohl aber auf der Einstellungsebene manifestieren.

Derzeit bildet Rechtsextremismus den Stoff für Schlagzeilen: Die in der Tat drängende Aufarbeitung der rassistisch motivierten Mordserie des sogenannten »Nationalsozialistischen Untergrunds« (NSU) beschäftigt nicht nur parlamentarische Untersuchungsausschüsse, Staatsanwaltschaften und Polizei, sondern auch die Medien und die Öffentlichkeit. Zu wenig Beachtung findet allerdings häufig, dass es menschenfeindliches Denken und Rassismus in ihrer alltäglichen Ausprägung sind, die den Resonanzboden bilden für das Entstehen von organisiertem, gewalttätigem Rechtsextremismus. Gewöhnung und Abstumpfung vergiften schleichend das gesellschaftliche Klima: Die »Abwertung der Anderen« beginnt ganz unspektakulär, unterhalb der Schwelle breiter öffentlicher Wahrnehmung. Zudem ist der weithin verbreitete Reflex, dass, wenn es um Rechtsextremismus geht, man auch



Ralf Melzer

(* 1967) ist Journalist und Historiker und seit 2004 Mitarbeiter der FES. Zur Zeit ist er in der Abteilung Politischer Dialog verantwortlich für das FES-Projekt »Gegen Rechtsextremismus«.

ralf.melzer@fes.de

sofort über Linksextremismus sprechen müsse, für die Auseinandersetzung mit dem Problem wenig hilfreich. Mehr noch: Die Extremismustheorie und die Gleichsetzung von »links« und »rechts« relativieren die menschenverachtende rassistische Ideologie der Rechtsextremisten und die sehr reale Gefahr, die von ihr ausgeht.

Auch 2012 wurde wieder unter wissenschaftlicher Leitung von Elmar Brähler und Oliver Decker eine bundesweite repräsentative Befragung durchgeführt. Der Erhebung liegt eine Stichprobe von 2.415

deutschen Staatsangehörigen (ohne und mit Migrationshintergrund) sowie von zusätzlich 95 Personen mit Migrationshintergrund ohne deutsche Staatsbürgerschaft zugrunde. Erschienen ist die Studie im November 2012 unter dem Titel *Die Mitte im Umbruch*. Das Buch komprimiert antidemokratische und menschenfeindliche Einstellungen in Deutschland. Es erlaubt eine differenzierte Betrachtung der Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Chauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur nach Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad oder Migrationshintergrund sowie im Ost-West-Vergleich. Wie demokratiefähig ist also die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2012 unter den Bedingungen anhaltend hoher (wenn auch leicht rückläufiger) politischer und sozialer Deprivation? Immerhin noch 77,6 % der Deutschen meinen, »keinen Einfluss darauf zu haben, was die Regierung tut«. Vielfältige gesellschaftliche Umbrüche in Form von sozialer Spaltung und Entsolidarisierungsprozessen gehören zur Lebensrealität der Menschen in einer sich stetig selbst überholenden Moderne. Wie wirkt sich all dies auf politisches Partizipationsverhalten aus?

Befunde

Gegenüber der vorangegangenen Studie *Die Mitte in der Krise* aus dem Jahr 2010 ist in Deutschland insgesamt der Anteil derer, die über ein geschlossen rechtsextremes Weltbild verfügen, von 8,2 auf 9 % angestiegen. Einem moderaten Rückgang in Westdeutschland im Vergleich zu 2010 (von 7,6 auf 7,3 %), steht ein massiver Anstieg rechtsextremen Denkens in Ostdeutschland (von 10,5 auf 15,8 %) gegenüber. Dies ist der höchste in einer »Mitte-Studie« bisher gemessene Wert. Ein Rückgang in Ost- und Westdeutsch-

land gegenüber 2010 wurde nur in der Dimension »Befürwortung einer Diktatur« gemessen.

Mit 25,1 % in Gesamtdeutschland ist Ausländerfeindlichkeit die am weitesten verbreitete rechtsextreme Einstellung. 2012 liegen die Werte im Osten Deutschlands in allen Dimensionen über denen im Westen. Auch in der Dimension (primärer) Antisemitismus, der früher im Westen höher war, ist im Osten gegenüber 2010 ein zum Teil deutlicher Anstieg zu beobachten. Besonders beunruhigend ist, dass junge Ostdeutsche zwischen 14 und 30 Jahren, anders als bei früheren Befragungen und entgegen des üblichen Alterseffekts (Anstieg rechtsextremen Denkens mit zunehmendem Alter), höhere Werte aufweisen als die Altersgruppe über 60. Hier, so die Autoren, »wächst eine Generation heran, die alle bisherigen Gruppen in ihrer rechten Einstellung zu überbieten droht«.

Als eine Ursache für diese Tendenz vermuten die Autoren ökonomische Strukturmerkmale wie die Entkoppelung insbesondere einzelner ländlicher Regionen von der allgemeinen sozioökonomischen Entwicklung. Allerdings gibt es solche abwärtsdriftenden Regionen nicht nur im Osten, sondern auch im Westen. Generell schneiden Stadtstaaten (Berlin, Hamburg) besser ab als ländlich geprägte, weniger industrialisierte Flächenstaaten.

Rechtsextremismus ist also ausdrücklich nicht nur ein Problem des Ostens. Ferner bestätigt sich einmal mehr, dass Ausländerfeindlichkeit da besonders hoch ist, wo wenig Migranten leben. Wiederum bestätigt sich auch, dass rechtsextremes Denken nicht unbedingt in rechtsextremes Wahlverhalten mündet. Vielmehr ist in dieser Hinsicht die Integrationskraft insbesondere der beiden Volksparteien nach wie vor hoch. Und noch etwas wird deutlich: Es ist weniger die individuelle wirtschaftliche Deprivation, sondern stärker die negative Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland insgesamt, die

mit rechtsextremen Einstellungen zusammenfällt.

Gleichwohl zeigt die Verbreitung rechts-extremer Einstellungen in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus, dass Arbeitslose die höchsten Werte in den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur haben. Wissenschaftler erklären diese Ergebnisse unter anderem mit Desintegrations- bzw. Deprivationserfahrungen. Interessant ist auch der Befund, dass mehrmalige Arbeitslosigkeit zu höheren Werten in allen Dimensionen rechtsextremen Denkens quer durch alle Altersgruppen führt. Befragte im Ruhestand stechen mit durchgehend hohen Zustimmungswerten negativ hervor, insbesondere beim Antisemitismus. Ein Phänomen, das die Autoren mit dem erwähnten Alterseffekt erklären.

Antisemitismus und Islamfeindlichkeit

Die »Mitte-Studien« belegen seit Jahren, dass mit leichten Schwankungen knapp 10 % der Deutschen manifest antisemitisch eingestellt sind, wobei bei dieser Zahl das Phänomen der »Kommunikationslatenz« zu berücksichtigen ist. Das heißt: Deutsche äußern ihren Antisemitismus nicht im selben Maße offen, wie zum Beispiel Ausländerfeindlichkeit. Erstmals in einer »Mitte-Studie« wurde neben der Zustimmung zu »klassischen« antisemitischen Aussagen auch sekundärer Antisemitismus gemessen (»Antisemitismus trotz und wegen Auschwitz«). Beispielsweise stimmen 31,9 % der Deutschen dem Satz zu: »Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus.« Durchgängig ist die Zustimmung zu sekundär-antisemitischen Aussagen noch höher als die zu primär-antisemitischen Aussagen. Beim primären Antisemitismus fällt zudem auf, dass dieser gerade in der muslimischen Bevölkerung ausgeprägt ist.

Beim sekundären Antisemitismus erreichen Muslime in Deutschland dagegen eher durchschnittliche Werte.

Islamfeindlichkeit und sachliche Islamkritik werden in der Studie differenziert erfasst. Beide Phänomene lassen sich voneinander abgrenzen, wobei: Wer islamfeindlich eingestellt ist, stimmt in der Regel auch den islamkritischen Aussagen zu. Nur islamfeindliche Auffassungen vertreten rund 5 %, nur islamkritische hingegen fast 30 %. Aussagen beider Kategorien stimmen 31 % zu, weder islamfeindlichen noch islamkritischen Aussagen knapp 34 %. Einzelnen islamfeindlichen Aussagen wird von etwa 50 bis nahezu 60 % ganz oder überwiegend zugestimmt. Die Zustimmungswerte bei Islamkritik liegen bei über 60 %. Islamfeindlich eingestellte Personen verzeichnen höhere Mittelwerte bei sozialer Deprivation als die Islamkritischen.

Im Gegensatz zu den früheren »Mitte-Studien« wurde bei der neuen Erhebung auch erfasst, ob die Befragten einen Migrationshintergrund haben. Die Personengruppe mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsbürgerschaft weist größtenteils niedrigere Rechtsextremismus-Werte auf, nicht so jedoch bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur. Befragte ohne deutsche Staatsbürgerschaft sind häufiger von sozialer und politischer Deprivation betroffen. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund führt dieser Umstand zu einer vergleichsweise hohen Nichtwählerquote. Auch andere Formen politischer Partizipation (z.B. Teilnahme an Demonstrationen oder an öffentlichen Diskussionen) werden seltener wahrgenommen. Was für die Menschen in Deutschland allgemein gilt, trifft in besonderem Maße auch auf diejenigen mit Migrationshintergrund zu: Demokratie wird oft nicht als etwas erlebt, was einen selbst betrifft. Integration und Inklusion bleiben somit eine wichtige gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe.

In diesem Sinne gilt es auch, wieder mehr Vertrauen in die Funktionsweise und

Handlungsfähigkeit der Demokratie herzustellen. Parteien müssen dringend an Attraktivität gewinnen, denn selbst unter den konventionellen Methoden des Engagements erfährt die Mitarbeit in einer Partei die geringste Zustimmung. Aufschlussreich vor diesem Hintergrund: Bildung und Einkommen korrelieren stark mit der Intensität politischer Partizipation. »Höher Gebildete und Personen mit höherem Einkommen sind deutlich öfter in Parteien engagiert, arbeiten öfter in Bürgerinitiativen mit und gehen eher zur Wahl«. Je weiter die Gesellschaft also ökonomisch auseinanderdriftet, desto ungleicher verteilt sind auch politische Partizipation und Repräsentation.

Insgesamt erwächst aus den Befunden der Studie vor allem ein Bildungsauftrag, und zwar schulisch wie außerschulisch. Zum Beispiel muss die Vermittlung des Themas Holocaust im Unterricht, aber auch die politische Bildung insgesamt, stärker den Bedingungen der Einwanderungsge-

sellschaft angepasst werden. Generell gilt, dass Bildung als »Schutzfaktor« wirkt: Personen mit Abitur neigen prozentual deutlich weniger zu rechtsextremem Denken als Personen ohne Abitur. Die zweifellos tiefgreifenden und vielfältigen gesellschaftlichen Umbrüche gilt es, aktiv zu gestalten. Es besteht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen sozialer Spaltung bzw. sozialstruktureller Desintegration und menschenfeindlichem Denken. Auf europäischer wie auf nationaler Ebene ist es deshalb besonders wichtig, sozioökonomische Fragen, also Fragen der Wohlstandsverteilung, als eben solche auszuhandeln. Soziale Konflikte zu ethnisieren, spielt nur dem Rechtspopulismus und der Verbreitung rechtsextremer Einstellung in die Hände.

Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die Mitte im Umbruch. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2012 (Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer). J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2012, 142 S., € 9,90. ■